

Wahlprüfsteine überparteilicher Organisationen zur Bundestagswahl 2017

**Antworten von:
Michael Vietz, CDU**



Vorbemerkung: Bei so mancher Frage sehe ich mich nicht in der Lage zu einem klaren Ja oder Nein zu antworten, da die Welt bekanntermaßen selten so schwarz-weiß ist und ich nicht jede Beschreibung der Ausgangslage der Frage so teile...

Herzliche Grüße Michael Vietz

Themenfeld Arbeit / Wirtschaft

Fragestellung: DGB / IGM / VERDI Hameln-Pyrmont

1. **Rente:** Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Versicherte weiterhin nach 45 Beitragsjahren mit 63 Jahren ohne Abschlag in Rente gehen können?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung -

Die CDU/CSU steht hinter der mit der SPD 2007 gemeinsam umgesetzten Rentenreform sowie zu den Anpassungen der laufenden Wahlperiode.

Auf Basis dieser Reformen bin ich für den Beibehalt der Regelung, dass Versicherte nach 45 Beitragsjahren zwei Jahre vor dem regulären Renteneintrittsalter abschlagsfrei in Rente gehen können (nicht müssen). Ebenso natürlich zu der Möglichkeit, über das 67. Lebensjahr hinaus tätig sein zu können.

Wir werden uns allerdings davon unabhängig in der nächste Wahlperiode tiefgreifende Gedanken machen müssen, wie wir die Rente auch nach 2030 für den Großteil der heutigen Beitragszahler, die alle Änderungen als Beitrags- bzw. Steuerzahler mitfinanzieren müssen, gut aufstellen. Unabhängig von Ideologie und Wahlkampfgetöse mit einer Vielzahl von Experten. Der Rente hat in der Vergangenheit ihr Dasein als Wahlkampfthema nicht immer gut getan.

Informationen im Internet unter:

http://hameln-pyrmont.bund.net/themen_und_projekte/wahlen/bundestagswahlen_2017/

oder bei Facebook

<https://www.facebook.com/umweltnachrichten.hameln/>



2. **Spitzensteuersatz:** Halten Sie das jetzige System der progressiven Besteuerung mit einem Spitzensteuersatz von 41 % für sozial gerechtfertigt?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Grundsätzlich halte ich das jetzige System auch unter dem Aspekt, dass viele Arbeitnehmer durch die verschiedenen Sozialversicherungen zusätzliche Gehaltsabzüge haben, für gerechtfertigt. Worüber wir nachdenken müssen ist, ab wann der Spitzensteuersatz greift. Selbst 60.000€, die derzeit im Gespräch sind, liegen nicht so weit über dem Durchschnittseinkommen.

3. **Arbeitgeberbeiträge:** Die Gewerkschaften fordern die Stärkung der umlagefinanzierten Rente, also auch eine Erhöhung der Arbeitgeberbeiträge. Unterstützen Sie diese Forderung nach paritätischer Finanzierung?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Die grundsätzliche Problematik der gesetzlichen Rente ist nicht unbedingt die Frage nach mehr Beitragszahlern oder die nach einer Erhöhung des Bundeszuschusses (derzeit ca. 90 Milliarden €), sondern dass das Umlagesystem, inklusive der Rentenerhöhungen analog zur Entwicklung des Lohnniveaus, auf einen entsprechenden Nachwuchs von Beitragszahlern angewiesen ist.

Was die „paritätische Finanzierung“ betrifft, so gehe ich davon aus, dass die jetzige Aufteilung von den jeweiligen Tarifkommissionen der Gewerkschaften und Arbeitnehmerverbände längst in die Gehaltsrunden eingepreist wurde. Zudem sollten wir die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, die diese Arbeitsplätze letztendlich anbieten, nicht außer Acht lassen. Unser jetziges Beschäftigungsniveau ist nicht gottgegeben! Nichtsdestotrotz könnte ich mit Änderungen leben. Allerdings sollten wir uns von der Illusion lösen, dass die Arbeitgeberanteile einfach so gezahlt werden. Jedem sollte bewusst sein, dass auch diese von den jeweiligen Arbeitnehmern erwirtschaftet werden müssen und Unternehmen sowieso mit den Gesamtkosten rechnen. Nicht mit den Aufteilungen auf den Gehaltsabrechnungen.

4. **Lohnzahlung:** Bei der Höhe der Lohnzahlung werden Frauen weiterhin benachteiligt, werden Sie das ändern?

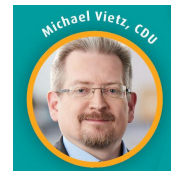
ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Mit der Einführung der besseren Entgelttransparenz wurde ein wichtiger Schritt in Sachen gleicher Lohnzahlung bei gleicher Arbeit geleistet, vor allem in Richtung Rechtfertigung der jeweiligen Vertragspartner.

Unabhängig davon gilt weiterhin grundsätzlich die Tarif- und Vertragsfreiheit, so dass in vielen Fällen sowohl grundsätzlich die jeweiligen Tarifpartner als auch die Arbeitnehmervertretungen bei der korrekten Eingruppierung gefordert sind.



5. **Unternehmenssteuern:** Soziale Gerechtigkeit bedeutet für die Mehrzahl der Bürger eine stärkere Besteuerung von Unternehmens- und Konzerngewinnen. Werden Sie sich dafür einsetzen?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

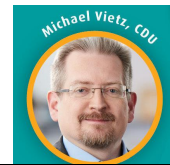
Nur profitable Unternehmen können langfristig attraktive Arbeitsplätze anbieten, sowie die für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit notwendigen Investitionen tätigen.

Wir müssen nicht höhere Steuern erheben, sondern dafür sorgen, dass Steuern dort gezahlt werden, wo die Gewinne auch tatsächlich - also nicht nur rechnerisch - angefallen sind. Das kann aber natürlich auch in einigen Bereichen gegen uns laufen.

Ich bin gegen einen (nationalen und internationalen) Steuerwettbewerb nach unten.

6. Nennen Sie **ein** weiteres, ihnen persönlich wichtiges Anliegen zum Themenfeld Arbeit/Wirtschaft:

Wir müssen auch in Zukunft Rahmenbedingungen haben, die Unternehmen in die Lage versetzen, in Deutschland international wettbewerbsfähige Arbeitsplätze anzubieten. Insbesondere müssen wir dabei immer im Blick haben, dass Bürokratisierung, Regulierungen und die Dokumentationspflichten nicht zu einer Einschränkung der Arbeitsfähigkeit gerade kleinerer Unternehmen führen. Das muss für alle Bereiche der Wirtschaft gelten – egal, ob in Landwirtschaft, Industrie oder Dienstleistung!



Themenfeld Umwelt/Naturschutz

Fragen der BUND Kreisgruppe Hameln-Pyrmont

7. **Glyphosatverbot:** Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Deutschland in der EU für ein Verbot des wahrscheinlich krebserregenden Unkrautvernichtungsmittels Glyphosat eintritt?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Wenn man wissenschaftliche Beiräte und Institute beschäftigt, die das Risiko unterm Strich als nicht bedeutend betrachten, dann sollte man auch darauf hören. Wenn diese Einrichtungen zu dem Schluss kommen, dass die Risiken zu hoch sind, dann unterstütze ich Verbote. Kommen sie zu einem anderen Schluss, dann nicht.

8. **Freihandel:** Werden Sie sich persönlich dafür einsetzen, dass das Handelsabkommen CETA nicht ratifiziert wird, um die stark kritisierten Schiedsgerichte zu verhindern?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Ich halte Freihandelsabkommen, nicht nur CETA und TTIP, für einen wesentlichen Beitrag, mit dem wir zum einen unseren eigenen Wohlstand sichern sowie zum anderen auch für eine bessere weltweite Entwicklung – nicht nur der Wirtschaft – sorgen

Wenn wir zurückdenken, waren sowohl der Deutsche Zollverein als auch die frühe Europäische Gemeinschaft im Wesentlichen Freihandelszonen, die letztendlich auch zu vielen positiven politischen Entwicklungen führten.

Zu den Schiedsgerichten: Zum einen sind sie eine deutsche Erfindung im Rahmen der Investitionsschutzabkommen, zum anderen gibt es sie sehr erprobt auf vielen staatlichen und überstaatlichen Ebenen. Weiterhin wird die Anzahl der vor Schiedsgerichten verhandelten Fälle in der breiten Öffentlichkeit überschätzt.

Ich gehe aber davon aus, dass sich auf längere Sicht internationale Handelsgerichtshöfe etablieren werden, wenn protektionistisches Denken dies nicht blockiert.

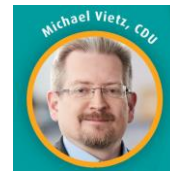
9. **Kohleausstieg:** Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Deutschland den Kohleausstieg 2018 beschließt und sozial verträglich schnellstmöglich verbindlich umsetzt?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Über kurz oder lang werden wir auch aus der Nutzung der Kohle in der Energiegewinnung aussteigen. Ein konkretes Zeitfenster vermag ich dazu nicht nennen. Bei allen „Ausstiegen“ und „Umstiegen“ müssen wir auch darauf achten, dass wir sowohl unsere Bevölkerung als auch unsere Wirtschaft nicht überfordern und ihnen



direkte und indirekte Kosten aufbürden, die unsere Wettbewerbsfähigkeit noch mehr belasten. Am Ende des Tages werden wir auch nur dann eine umweltfreundlichere und –gerechtere Gesellschaft verwirklichen können, wenn wir es uns auch leisten können. Gerade wenn es um die notwendige Akzeptanz in der Bevölkerung geht.

10. **Biotopverbund:** Werden Sie sich dafür einsetzen, dass mit konkreten finanziellen hinterlegten Programmen weiter Wildnisgebiete/Naturerbewälder und Biotopverbünde (grünes Band, blaues Band) initiiert und dauerhaft für die Natur gesichert werden?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Grundsätzlich bin ich dafür, wo sinnvoll, auch weitere solcher Gebiete zu unterstützen. Nichtsdestotrotz haben wir hier auch auf einen Ausgleich von Mensch und Natur zu achten, so dass wir am Ende auch noch genug Flächen zum Leben und Arbeiten zur Verfügung haben.

11. **Klimaschutz:** Werden sie sich für eine Streichung von klimaschädlicher Subventionen, konkret die Vergünstigungen für Dieselmotoren, hochpreisige Dienstwagen und den Flugverkehr einsetzen?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Auch hier gilt, dass die Erfordernisse von Mensch und Natur in Ausgleich zu bringen sind. Wobei mir bei den genannten Beispielen die Dienstwagen relativ egal wären.

12. **Massentierhaltung:** Werden sie sich für einen konsequenten Subventionsstopp für Massentierhaltungsanlagen und Großschlachthöfe einsetzen?

ja

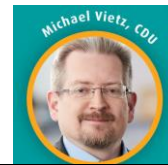
nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Das Hauptaugenmerk sollte auf der Qualitätskontrolle und den Lebensumstände der Tiere liegen. Grundsätzlich wollen wir alle sowohl bezahlbare wie auch qualitativ gute Nahrung.

13. Nennen Sie **ein** weiteres, ihnen persönlich wichtiges Anliegen zum Themenfeld Umwelt/Naturschutz:

Mein wichtigstes Anliegen ist, dass wir bei allen Anstrengungen zu Umwelt- und Naturschutz die Bedürfnisse der Menschen nicht vergessen!



Themenfeld Europa

Fragen der Europa Union Hameln

14. EU-Entwicklung: Halten Sie ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ für eine denkbare Option?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Wir haben schon jetzt ein „Europa unterschiedlicher Geschwindigkeiten“, z.B. beim Schengen-Raum, der Euro-Zone oder verschiedenen Opt-In-Möglichkeiten (z.B. Interpol etc.). Oder auch der Umsetzung von europäischen Beschlüssen und Richtlinien. Insofern ist das eher normal in der europäischen Politik.

15. Schuldenerlass: Sollen Staatsschulden bei Ländern, die ihre Schulden nicht mehr begleichen können, erlassen werden?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Wir benötigen sicherlich international eine gewisse Art eines „Insolvenzrechts für Staaten“. Im Grundsatz lehne ich es allerdings ab, Staaten Schulden zu erlassen, wenn sie sich über das eigentlich Leistbare hinaus verschulden, also – umgangssprachlich gesagt – „über ihre Verhältnisse“ lebten.

Ich bin für Hilfestellungen der internationalen Gemeinschaft und Unterstützung bei Bedienung & Tilgung von Staatsschulden. Hier jedoch auf freiwilliger Basis der Gläubiger und klaren Erwartungen/Verpflichtungen des Schuldners. Hier ist dann eine Vielzahl von Möglichkeiten denkbar.

16. Türkei: Soll die EU die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beenden?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Wir sollten und müssen weiterhin im Gespräch bleiben. Denn nur so haben wir eine gewisse, wenn auch faktisch geringe Möglichkeit, der Einflussnahme. Gerade aber auch im Hinblick auf die derzeit immer schrilleren Töne aus Ankara ist es unabdingbar, jeden Gesprächskanal offen zu halten, den es – so vage auch immer – noch gibt.

Zur Ehrlichkeit gehört natürlich auch, dass die Türkei derzeit weiter von einer Beitrittsperspektive entfernt ist als jemals zuvor. Zudem hat sie in ihrer politischen Entwicklung einen Weg eingeschritten, der diese Distanz eher vergrößert als reduziert.

Ich begrüße ausdrücklich die aktuelle Haltung der Bundesregierung, gegenüber der Türkei die konkreten Möglichkeiten in Richtung wirtschaftlicher und politischer Zusammenarbeit aufzuzeigen, sowie die möglichen Konsequenzen bei fortwährender Provokation. Wie wollen uns nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einmischen, sollten aber aufzeigen, dass autoritäre Entwicklungen und z.B. Abkehr vom europäischen Verständnis der Rechtsstaatlichkeit, auf jeden Fall Konsequenzen im bilateralen Miteinander bedeuten.



Im Übrigen offenbart ein schlichter Blick auf die Landkarte, warum die Türkei weiterhin – bei allen Schwierigkeiten – ein wichtiger Partner war, ist und bleiben wird.

17. Europaarmee: Unterstützen Sie die Idee einer gemeinsamen Armee der EU?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Im Grundsatz ja, aber dies ist ein noch sehr langer Prozess. Es kann auch zu einer engeren Verzahnung der bisherigen nationalen Streitkräfte kommen, wie wir es z.B. mit unseren Nachbarn Frankreich, Polen und den Niederlanden schon umsetzen. In der mittelfristigen Perspektive sind wir gefordert, unser Schicksal mehr in die eigene Hand zu nehmen, mehr zu kooperieren und unsere Verantwortungen aktiv anzunehmen.

18. EU-Hauptstadt Brüssel: Soll Brüssel die alleinige Hauptstadt der EU werden und den Sitz des europäischen Parlaments haben?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

In dieser Hinsicht unterstütze ich die Position des Europäischen Parlaments. Allerdings wissen wir alle, dass hierzu eine Änderung der Europäischen Verträge notwendig ist und es demzufolge zwingend der Zustimmung Frankreichs bedarf.

19. Interrail: Sind Sie für ein kostenfreies Interrail-Ticket für 18 – 20-Jährige, damit diese Europa besser kennen lernen können?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Schöne Idee. Allerdings ist m.E. nicht das Kernproblem, dass „die Jugend“ Europa nicht kennt, sondern dass wir alle es mittlerweile als zu selbstverständlich empfinden...

20. Nennen Sie ein weiteres, ihnen persönlich wichtiges Anliegen zum Themenfeld Europa:

Europa muss auf vielen Ebenen sein Schicksal selber in die Hand nehmen. Wir brauchen eine klare Zuständigkeitsverteilung. Zentrale Fragen, die gemeinsam geregelt werden können (z.B. Außen- und Sicherheitspolitik, Entwicklungshilfe, Fluchtbewegungen) sollten zukünftig auch in Brüssel gemeinschaftlich geregelt werden. Aber nicht alles muss Brüssel zentral für ganz Europa regeln, weniger ist hier mehr. Ebenso wie der Bund, der auch nicht alles in Deutschland regelt. Gerade im Hinblick auf die Akzeptanz bei unseren Bürgerinnen und Bürgern, in Deutschland genauso wie bei unseren europäischen Partnern.

Einen Bundesstaat Europa sehe ich perspektivisch derzeit nicht. Ich wünsche mir einen vertieften Staatenbund im genannten Sinne bei Beibehalt größerer nationalstaatlicher Selbstständigkeit.



Jugendpolitik

Fragen der ev. Jugend Hameln-Pyrmont

21. Infoaustausch: Können Sie sicherstellen, dass die Interessenvertretung der Jugendverbände in Hameln (Kreis-/Stadtjugendring und den Ring politischer Jugendakteure) regelmäßig mit Ihnen ins Gespräch kommen kann??

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Wie auch bereits jetzt! Wer auch immer mit mir ins Gespräch kommen will, kann das. Einfach melden und wir finden einen Termin. Das ist doch selbstverständlich...

22. Jugendbildung: Bildung ist mehr als Schule. Die Jugendverbände stärken durch Angebote, Seminare und Ausbildungen den Sinn für gesellschaftliches Engagement. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die finanzielle Unterstützung von Stadt und Kreis weiterhin in dem jetzigen Förderausmaß umgesetzt werden kann und bei Bedarf auch über neue Fördermöglichkeiten gesprochen wird?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Ich kann gerne mit Stadt und Kreis in meinen regelmäßigen Gesprächen darauf hinweisen, dass Jugendverbände einen wichtigen Beitrag leisten. Allerdings wissen das die entsprechenden Verantwortlichen, wie ich aus bisherigen Gesprächen weiß, auch schon jetzt.

Letztendlich geht es aber immer darum, wie man die endlichen Ressourcen so verteilt, dass unterm Strich für alle das Bestmögliche herauskommt.

Und auch wenn es manchen schwerfällt, weil man es geregelt wissen möchte, wir haben in Deutschland mehr oder minder klare Zuständigkeiten der Verantwortlichkeit zwischen Bund, Land und Kommunen.

23. Sachmittelfinanzierung: Viele Vereine sind auf Unterstützung bei Anschaffungen angewiesen. On neue Zelte für die Feuerwehren, neue Outdoorspielelemente für Events oder neue Kanus zur Erlebnispädagogik. Vor 8 Jahren stellte der Landkreis seine 1/3 Unterstützung für derlei Investitionen ein. Setzen Sie sich dafür ein, dass es in Zukunft wieder Möglichkeiten der Mitfinanzierung bei Sachmitteln gibt?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Siehe sinngemäß Frage 22...



24. Ehrenamtsunterstützung: Für Ehrenamtliche, die im Berufsleben stehen, gibt es Möglichkeit für Freizeitmaßnahmen Verdienstaufschlag zu beantragen. So erhält der Arbeitgeber einen finanziellen Ausgleich für den Zeitraum der ehrenamtlichen Tätigkeit. Viele Ehrenamtliche nutzen diese Möglichkeit nicht, da es bei Arbeitgebern verpönt scheint für soziales Engagement eine Freistellung einzureichen. Können Sie Wirtschaftsunternehmen ermutigen ihre Angestellten zu ehrenamtlichen Tätigkeit zu motivieren?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Hier muss die Balance zwischen den betrieblichen Erfordernissen und den gesellschaftlichen Notwendigkeiten in jedem Einzelfall geprüft werden. Ich kann mich selbstverständlich nicht in die individuellen Arbeitsverhältnisse einmischen, werde aber auch weiterhin den großen gesellschaftlichen Nutzen des Ehrenamtes herausstellen. Letztendlich muss aber die Motivation zur ehrenamtlichen Tätigkeit von jedem selbst aufgebracht werden. Unternehmen können dieses durch Rahmenbedingungen unterstützen, was viele mittelständischen Unternehmen in unserer Region auch tun.

25. Jugendbeteiligung: Durch den Prozess Hameln 2030 wurde vieles an Ideen in Bewegung gebracht. Die Abschlussveranstaltung hat gezeigt, dass je weiter die Pläne zur Veränderung fortschreiten, Jugendliche nicht mehr als weitere Gesprächspartner angefragt sind und sich nur noch gestandene Geschäftsleute mit den Ideen beschäftigen. Können Sie dafür sorgen, dass Jugendliche wieder ins Boot geholt werden können?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Auch hier gilt sinngemäß Frage 22. Ich kann gerne die bei allen Verantwortlichen, an der Spitze OB Claudio Griese, vorhandene Überzeugung, dass es auch bei der Umsetzung auf eine gute Beteiligung ankommt, in Gesprächen weiter unterstützen. Vor allem im Hinblick auf andere Projekte, die zur Stärkung Hamelns in dem Prozess erwähnt und angedacht wurden.

Am Ende des Tages müssen die Ideen jedoch umgesetzt, finanziert und betrieben werden, damit sie dann abseits von einzelnen Ideengebern auch zum Leben kommen. Schlichtweg gehört zur Wahrheit, dass irgendwann die Möglichkeiten der Beteiligung enden und die Umsetzung beginnt.

Das gilt nicht nur für die Stadt Hameln, sondern für alle Kommunen im Wahlkreis und darüber hinaus!

26. Nennen Sie ein weiteres, ihnen persönlich wichtiges Anliegen zum Themenfeld Jugend:

Ich wünsche mir eine stärkere Beteiligung der Jugend in der Politik, auch abseits der Lieblingsthemen, für die man sich z.B. in Jugendgruppen und/oder Bürgerinitiativen einbringt.



Themenfeld Verkehr / Mobilität

Fragen des ADFC Hameln-Pyrmont

27. **Tempo 30:** Der ADFC und einige weitere Umweltorganisationen fordern Tempo 30 in Ortschaften, um die Unfallrisiken für alle Verkehrsteilnehmer*innen zu reduzieren und dadurch auch das umweltfreundliche Radfahren zu stärken. In Hameln wurde erst kürzlich eine Initiative für einen Modellversuch abgelehnt.

Frage: Würden Sie sich einer entsprechenden Initiative zur Einführung von flächendeckend Tempo 30 in Ortschaften anschließen?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Ich halte die benannte Wirkung für überschätzt. Zudem sollten wir die verschiedenen Verkehrssysteme nicht andauernd gegeneinander ausspielen.

28. **Bundesfahrradbeauftragter:** Analog zu den Radverkehrsbeauftragten auf Landesebene und in Städten und Gemeinden fordert der ADFC die Einstellung eines/r Parlamentarische/n Staatssekretär/in fürs Rad. Mit Büro, Dienstwagen und Personal summieren sich die Kosten für einen Staatssekretär auf rund 550.000,-€ (Quelle: Bund der Steuerzahler).

Frage: Halten Sie die Bestellung eines/r Parlamentarische/n Staatssekretär/in für eine gute Investition?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Wir haben genügend Parlamentarische Staatssekretäre.

29. **Fahrradsicherheit:** In Deutschland und Europa wird viel „Fahrradschrott“ verkauft! Die Vorschriften für Fahrräder beschränken sich auf minimale Anforderungen. Eine technische Prüfung oder Überwachung, was in den Handel kommt, erfolgt nicht.

Frage: Unterstützen Sie die Einführung eines „Fahrrad-TÜV“ zur Typprüfung (keine Wiederholungsprüfungen wie beim Auto) auch wenn dadurch der Preis für die preiswertesten Fahrräder (Aldi, Lidl, ...) sich mehr als verdoppelt?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Wir müssen auch hier ein Gleichgewicht zwischen Anforderungen an die Sicherheit und erschwinglicheren Preisen finden.



30. **Schadstoffreduzierung:** Die Reduzierung der akuten Belastungen durch Feinstaub, Stickoxide und Lärm sind große Aufgaben für deutsche Städte. Auch in Hameln werden Grenzwerte überschritten. Um Städte wie Hameln oder Hannover zu umweltfreundlicheren Städten umzubauen, u.a. durch Ausbau von ÖPNV, der Fuß- und Radwegeinfrastruktur sowie die Priorisierung von Radschnellwegen gegenüber Stadtautobahnen, ist viel Geld erforderlich das die Kommunen nicht haben.

Frage: Unterstützen Sie die Bereitstellung von Bundesmitteln, um die Weiterentwicklung von Städten zu "Umweltstädten" zu bewerkstelligen?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Unabhängig vom plakativen Namen „Umweltstädte“ plädiere ich für die Unterstützung von Stadtplanungen, die neben dem Erwähnten auch die anderen Aspekte menschlichen Zusammenlebens (Wohnen, Arbeiten, Individualverkehr) im Blick hat. Gerade ein ganzheitlicherer Ansatz ist das, was vielen gut gemeinten Einzelprogrammen fehlt.

31. **Radverkehrsplan:** Vor 15 Jahren hat die Bundesregierung den ersten „Nationalen Radverkehrsplan“ (NRVP) veröffentlicht. Der seit Januar 2013 geltende "Nationale Radverkehrsplan 2020 - Den Radverkehr gemeinsam weiterentwickeln" schließt sich nahtlos an den ersten NRVP an und hat diesen qualitativ weiterentwickelt

Frage: Kennen Sie die Ziele und Inhalte des NRVP?

ja

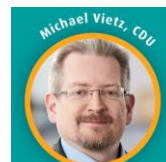
nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Nur grob, da ich nicht im Bereich der Verkehrspolitik unterwegs bin: Es gibt schlicht zu viele nationale Pläne etc., als dass man sich als Fachfremder über jeden detailliert auf den Laufenden halten kann. Aber im Bedarfsfall weiß ich, wo ich nachlesen bzw. wen ich fragen kann.

32. Nennen Sie **ein** weiteres, ihnen persönlich wichtiges Anliegen zum Themenfeld Verkehr/Mobilität:

Ich würde mir wünschen, dass wir aufhören, die verschiedenen Verkehrsarten und –systeme gegeneinander auszuspielen. Alle haben ihre Berechtigung und gehören miteinander in Einklang gebracht.



Themenfeld Kultur

Fragen der Sumpflume

- 33. Hameln 2030:** Bei dem Stadtentwicklungskonzept Hameln 2030 wurde die Projektidee „Aufwertung der Weserpromenade“ an erste Stelle gewählt. Unterstützen Sie Hameln dabei, diese Idee auch in die Tat umzusetzen?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Hameln ist meine Heimatstadt. Natürlich unterstütze ich Hameln bei den Projekten, wo auf meine Hilfe wertgelegt wird. Und dort, wo ich ggf. mit der Unterstützung von Bundes-Förderprogrammen meiner Heimat zur Seite stehen kann, wenn solche beantragt werden. Aber letztendlich wird auch die „Aufwertung der Weserpromenade“ nur dann funktionieren, wenn sich alle Hamelner daran beteiligen und sie am Ende auch nutzen!

- 34. Kulturförderung:** Die Förderung von Kunst und Kultur ist eine öffentliche Aufgabe. Versprechen Sie eine Sicherung der kulturellen Infrastruktur in den Städten und auf dem Land?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Ich verspreche grundsätzlich nur das, was ich auch halten kann. Die kulturelle Infrastruktur hat sich im Laufe der Jahr(zehnte) geändert. Wenn es darum geht, kulturelle Strukturen „auf ewig“ festzuschreiben, dann bin ich nicht dabei; die Menschen müssen sie auch nutzen. Was ich versprechen kann ist, dass ich mich auch weiterhin dafür einsetze, dass Kultur und Kulturförderung auch in Zukunft ihren Platz hat.

- 35. Soziokultur:** Soziokulturelle Zentren sind Orte der Begegnung. Hier findet „Kultur für alle, Kultur von allen und Kultur in allem“ statt. Setzen Sie sich für eine ausreichende Unterstützung soziokultureller Zentren ein?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Dies ist eine Aufgabe, die ich eher in den Händen der Kommunen und der Länder sehe. Aber nicht jedes soziokulturelle Zentrum sehe ich per se und kritiklos als unterstützungswürdig an (z.B. Rote Flora). Letztendlich sollte auch hier ein gewisses Maß an Unterstützung für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung herrschen. Wo das gegeben ist, und eine Arbeit die auch über eine enge Zielgruppe hinausgeht, stehe ich einer Unterstützung offen gegenüber. Nur wie an vielen Stellen dieses Fragebogens gilt auch hier: am Ende geht es um die Verteilung knapper Ressourcen.



36. **Gehaltsstrukturen im Kulturbereich:** Noch immer arbeiten vielen Menschen im Kulturbereich in prekären Beschäftigungsverhältnissen und müssen von sehr geringen Honoraren leben. Setzen Sie sich für Mindesthonorare im Kulturbereich ein?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Im Bereich der angestellten Kulturschaffenden gilt der Mindestlohn. Ansonsten gilt in Deutschland das Prinzip der Berufs- und Vertragsfreiheit. Niemand hindert kulturelle Einrichtungen (z.B. die Sumpflume) daran, den bei ihnen auftretenden Kulturschaffenden ein nach Sicht der Sumpflume auskömmliches Honorar zu zahlen!

37. **Kulturelle Bildung:** Über den Wert von kultureller Bildung muss heute nicht mehr diskutiert werden. Doch Kultur braucht Ressourcen. Setzen Sie sich dafür ein, dass mehr Mittel für Kultur freigegeben werden?

ja

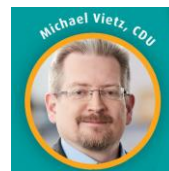
nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Für die Bereiche, für die der Bund Verantwortung trägt, halte ich die vorhandenen Mittel für ausreichend.

38. Nennen Sie **ein** weiteres, ihnen persönlich wichtiges Anliegen zum Themenfeld Kultur

Um auch in Zukunft unser kulturelles Erbe pflegen, sowie darauf zugreifen zu können, ist mir die Digitalisierung historischer Filme (und dokumentarischer Filmaufnahmen) ebenso wichtig, wie die Digitalisierung von Musik und Literatur.



Themenfeld Bildung

Fragen der GEW Hameln-Pyrmont

39. **Bildungsfinanzen:** Wie ist ihre Position zum prozentualen Ansatz der Bildungsfinanzen des Bundes. Ist er auskömmlich?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Mit einem Anteil von 5,36% des Bundeshaushaltes (17.649.867.000 €) ist der Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung der fünfgrößte Einzeletat des Bundeshaushalts 2018 (nach Arbeit & Soziales mit 41,81%, Verteidigung 11,24%, Verkehr 8,48% und Bundesschuld 6,07 – siehe www.bundeshaushalt-info.de). Für den Bereich der Bildungsfinanzierung in Deutschland, für den der Bund zuständig ist, halte ich den Etat derzeit für auskömmlich.

Luft nach oben ist immer, aber letztendlich gilt, dass Ressourcen endlich sind und jeder Euro Steuergeld auch nur einmal ausgegeben werden kann...

40. **Inklusion:** Ist die Heterogenität aller Kinder im inklusiven Kontext der UN Konvention in Deutschland gut auf dem Weg?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Menschen sind grundsätzlich heterogen, so auch die Kinder im Bildungssystem. Diese Verschiedenartigkeit, worauf sie auch immer beruht, gilt es entsprechend zu berücksichtigen. In Sachen Inklusion sehe ich Deutschland auf einen guten Weg. Hierzu gehören aber noch mehr als nur bauliche Maßnahmen oder das Schließen von Förderschulen etc., sondern auch eine entsprechende Ausbildung der Lehrkräfte, damit sie den erhöhten Anforderungen gewachsen sind, sowie eine entsprechende Ausstattung der Schulen. Es sollte jedem klar sein, dass es von 0% auf 100% nicht ohne große Zwischenschritte und den einen oder anderen Kompromiss geht. Entscheidend ist aber immer der Elternwille, da die Eltern i.d.R. immer noch besser über das Wohl des Kindes urteilen können als der Staat!



41. **Lebenszeit-Arbeitszeit-Sorgearbeit:** Ist die jahrzehntelange Aufteilung 24-26,5 Std. Unterricht darüber hinaus außerunterrichtliche Tätigkeit noch zeitgemäß?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Das ist eher eine Frage für die zuständigen Schulpolitiker des Landes Niedersachsen bzw. der Kultusministerkonferenz. Aber ich gehe davon aus, dass eine Gewerkschaft, die sich mit Schule befasst, das auch weiß...

Grundsätzlich hege ich schon die Erwartung, dass Anforderungen und Rahmenbedingungen regelmäßig überprüft und bei Bedarf angepasst werden.

42. **Fachkräftemangel:** Passt es Studienplätze und Fortbildungen zu streichen und gleichzeitig ein Fehl von Fachlehrkräften zu beklagen?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Das ist wieder eine Frage für die Landespolitik. Grundsätzlich sind ausreichend Studienplätze und eine entsprechende Fortbildung von Lehrkräften notwendig.

43. **Bildungsqualität:** Qualität in der Bildung setzt eine gute Ausbildung in den multiprofessionellen Teams voraus, Sicherheit der Arbeitsplätze und eine tarifliche Einstufung. Stimmen Sie dem zu?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Das ist eine Voraussetzung für viele Tätigkeiten. Ergänzen würde ich das noch um eine gute Motivation und die Bereitschaft, sich einzubringen.

44. Nennen Sie **ein** weiteres, ihnen persönlich wichtiges Anliegen zum Themenfeld Bildung:

Wir brauchen entsprechende Strukturen, um lebenslanges Lernen ebenso zu unterstützen, wie auch ein Lernen unabhängig von den traditionellen Bildungseinrichtungen. Die Durchlässigkeit unserer verschiedenen Bildungssysteme muss weiter gestärkt werden.



Themenfeld Soziales

Fragen der Paritäten Hameln-Pyrmont

45. Pflegeversorgung: Die Versorgung der pflegebedürftigen Menschen auf dem Land ist aufgrund der finanziellen Rahmenbedingungen in Bezug auf stationäre, teilstationäre und ambulante Dienstleistungen gefährdet. **Wollen Sie sich für die Entwicklung der Altenpflegestrukturen in ländlichen Regionen einsetzen?**

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

46. Altenpflegefinanzierung: Aufgrund der altersdemografischen Entwicklung gewinnt die Entwicklung der Altenpflegestrukturen zunehmend an Bedeutung. Von Pflegefachkräften werden gute fachliche Kenntnisse und eine hohe Einsatzbereitschaft bei gleichzeitig schlechten Vergütungen erwartet. Als Konsequenz flüchten viele Fachkräfte aus der Altenhilfe, Schulabsolventen vermeiden die Ausbildung in dieser Branche. **Werden Sie sich für eine verbesserte Finanzierung der Altenhilfe einsetzen?**

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Wenn hier vor allem die Vergütungen angesprochen werden: Der Bund ist nicht Tarifpartner in Sachen Pflege.

47. Rentenverbesserung: Viele Bürger/innen in der Haus-, Pflege- und Erziehungsarbeit werden sich keine auskömmliche Rente erarbeiten können. **Wollen Sie diesen Personenkreis finanziell besserstellen?**

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Sofern es um die Vergütungen geht und die daraus resultierenden Rentenbeiträge, verweise ich sinngemäß auf Frage 46. Pflegenden Angehörige wurden durch die letzten gesetzlichen Maßnahmen zur Stärkung der Pflege in der Renten- und Arbeitslosenversicherung besser abgesichert.

48. Armutsbekämpfung: In Deutschland sind Familien, die in Armut leben, kaum zum sozialen Aufstieg in der Lage. Armut ist eine Hauptursache für schlechtere Bildungsverläufe der Kinder, Hartz IV ist für viele Familien eine Sackgasse. **Wollen Sie den sozialen Aufstieg verarmter Familien unterstützen?**

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –



Bildung ist ein wichtiger Schlüssel für den sozialen Aufstieg. Ebenso wie der Wille, diesen auch zu bewerkstelligen. Dass viele der hier erwähnten Familien ihre Kinder nicht bei ihrer Schul- und Bildungslaufbahn unterstützen können, ist eine traurige Tatsache. Hier sind die Schulen gefordert, ebenso deren ausreichende Unterstützung mit entsprechenden unterstützenden Fachpersonal durch die Länder.

49. Wohnungsmieten: Durchschnittsverdiener sind in Deutschland immer häufiger davon betroffen, dass sie die Mieten am Wohnungsmarkt nicht mehr bezahlen können, für Geringverdiener gibt es kaum noch Chancen auf bezahlbare Wohnungen in den Städten. Diese Situation droht langsam auch ländliche Regionen zu erreichen. Werden Sie sich für bezahlbaren Wohnraum einsetzen?“

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Bezahlbaren Wohnraum gibt es vor allem dann, wenn es genügend Wohnraum gibt. Neben der Unterstützung für junge Familien beim Erwerb von Wohneigentum (z.B. Baukindergeld) geht es auch um die steuerliche Förderung für den Bau von Mietwohnungen (z.B. durch Steuerabschreibungen für Gebäude). Die zahlreichen Vorschriften beim Wohnungsbau sind regelmäßig zu überprüfen, damit Wohnungsbau bezahlbar bleibt. Zudem muss auch die Bereitstellung von Baugrund gefördert werden.

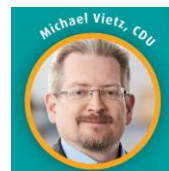
50. Integration: Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund fällt in Deutschland immer noch sehr schwer. In vielen Städten gibt es zunehmende Ballungen von Menschen mit Migrationshintergrund in Kiezen/Quartieren, es entstehen Gebiete mit "eigenen Regeln", zunehmender Verarmung und sozialer Isolation. Wohlfahrtsverbände und Personen im Ehrenamt suchen Wege, die Integration der Menschen mit Migrationshintergrund in den Kiezen/Quartieren zu unterstützen, oft haben Sie jedoch den Eindruck, in Ihrem Engagement von der Politik allein gelassen zu werden. Die finanziellen Förderungen für Projekte zur Quartiersentwicklung sind bürokratisch und wirken wie der "Tropfen auf dem heißen Stein"! **Wollen Sie sich für die Entwicklung einer sinnvollen und wirksamen Integration in den Quartieren einsetzen??**

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Der Bund unterstützt an vielen Stellen Quartiersmanagement durch die erwähnten Programme. Da es allerdings um Steuermittel geht, ist eine gewisse Bürokratie und Rechtfertigung unabdingbar. Das Geheimnis liegt allerdings in der Entwicklung entsprechender Konzepte, die Quartiersmanagement und Integration ermöglichen.



51. Nennen Sie **ein** weiteres, Ihnen persönlich wichtiges Anliegen zum Themenfeld Soziales:

Ich wünsche mir eine größere Barrierefreiheit im öffentlichen Nah- und Fernverkehr. Hierzu sind noch viele Maßnahmen auf kommunaler, regionaler und überregionaler Ebene notwendig. Wobei es auch hier darauf ankommt, den richtigen Weg zu beschreiten und nicht gleich morgen die 100%-Lösung zu erwarten.

Schülerfragen

Fragen eines Leistungskurses des Schiller-Gymnasiums

52. **Staatsbürgerschaft:** Halten Sie die doppelte Staatsbürgerschaft angesichts der Erfahrungen mit den Anhängern Erdogans in Deutschland für sinnvoll?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung -

Ich bin grundsätzlich kein Freund der doppelten Staatsbürgerschaft und habe Zweifel an der vielfachen Aussage, dass diese Integration fördert. Allerdings akzeptiere ich, dass diese aus verschiedensten rechtlichen Rahmenbedingungen Fakt ist. Aber doppelte Staatsbürgerschaft sollte kein Regelfall sein. Hier in Deutschland Geborene sollten sich entscheiden, ob sie Deutsche oder Nichtdeutsche sein wollen (Optionspflicht).

Aber dies hat nichts mit den „Erfahrungen mit den Anhängern Erdogans“ in Deutschland zu tun. Wir haben ca. 4-5 Mio. Einwohner mit türkischem Hintergrund. Hiervon haben 1,5 Mio. die türkische Staatsbürgerschaft – und viele auch nur diese! Manche Verbundenheit mit der „alten Heimat“ und/oder der sehr irritierenden Sympathie für den Autokratie-Kurs von Präsident Erdogan hat nichts damit zu tun, wer welche Staatsbürgerschaft besitzt. Ähnliches gibt es auch in anderen Bevölkerungsgruppen, wie z.B. den aus Russland bzw. der ehemaligen Sowjetunion stammenden Deutschen sowie unter den hier geborenen Deutschen. Die Herausforderung ist die in Teilen vorhandene Sympathie für Autokratie, „den starken Mann“ und dem Wunsch nach einfachen Lösungen für komplexe Sachverhalte.

Das bekannte Beispiel des (meines Erachtens unrechtmäßig) in der Türkei inhaftierten Deniz Yucel zeigt jedoch, dass eine Mehr-Staatlichkeit zu deutlichen Nachteilen führen kann, da er in der Türkei schlicht als Türke gilt und eine deutsche konsularische Betreuung für einen türkischen Staatsbürger auf erhebliches Goodwill seitens der Türkei angewiesen ist. Im umgekehrten Fall ermöglichen die Landesjustizverwaltungen nach Auskunft des Auswärtigen Amtes im Regelfall die konsularische Betreuung durch die Türkei.

EU: Sind Sie für einen sofortigen Stopp der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung -

Siehe Frage 16.



53. **Innere Sicherheit:** Halten Sie die finanzielle und personelle Ausstattung der Polizei für ausreichend angesichts der gewachsenen Aufgaben (Terrorabwehr / Fußballfangewalt etc.)?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Sowohl aus den als Beispiel genannten Gründen als auch mit Blick auf die Gefahren extremistischer Gewalt gleich welcher Ideologie (wie wir z.B. vor kurzem durch den Ausbruch linksextremistischer Gewalt in Hamburg gesehen haben) brauchen wir mehr Unterstützung für die Polizei und unsere Sicherheitsbehörden allgemein.

Dies erfolgte in den letzten Monaten z.B. durch eine neue gesetzliche Regelung, dass Gewalt gegen Polizei- und Rettungskräfte höher bestraft werden. Gleichzeitig braucht es mehr Ausstattung für die Polizei (wobei wir „nur“ für die Bundespolizei zuständig sind) sowie deutlich mehr Personal.

Die Sicherheitslagen haben sich geändert, daher ist hier ein deutlicher Aufwuchs an Personal und Material notwendig, damit die Polizei mehr Präsenz zeigen und mehr Kräfte in Prävention und Ermittlung von Straftätern und Straftäterinnen einsetzen kann.

Hinzu kommt auch eine Stärkung und bessere personelle Ausstattung der Justiz in den Ländern, damit von der Polizei gefasste Straftäter auch schnell die Konsequenzen spüren.

Aber all das bringt nichts, wenn wir nicht wieder mehr zu dem Bewusstsein kommen, dass die Polizei „Freund & Helfer“ ist und regelmäßig ihren Kopf dafür hinhält, dass Sicherheit und Ordnung gewährleistet werden – für uns alle!

54. **Vermögenssteuer:** Finden Sie angesichts von z.B. Kinderarmut eine Anhebung der Vermögenssteuer für sinnvoll, um soziale Gerechtigkeit durch Umverteilung zu erreichen?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Durch das bisherige Steuersystem findet bereits eine enorme Umverteilung statt. Ich bin dafür, eher die Wirksamkeit von sozialpolitischen Maßnahmen zu überprüfen als Steuern zu erhöhen.

Zwei weitere Fragen werden nachgesandt.



Dieser Fragebogen wurde ausgefüllt

von: Michael Vietz MdB

Kontakt: michael.vietz@bundestag.de bzw. mv@vietz2017.de

Internetseite: www.michael-vietz.de

Mit der Abgabe des Fragebogens erkläre ich mich mit einer Veröffentlichung der Inhalte einverstanden!

.....
(Unterschrift)

Eine Aktion des Fragebündnisses zur Bundestagswahl 2017



Koordinierung.: Ralf Hermes, BUND Kreisgruppe Hameln-Pyrmont, Berliner Platz 4, 31787 Hameln
Mail: bund.hameln-pyrmont@bund.net